

Interview von Sabine Klein mit Michael Schreyer zur Finanzierung der EU-Erweiterung (tagesschau.de, 15. Juli 2003)

Quelle: Michael Schreyer im Interview "Die Erweiterung ist solide finanziert". [ONLINE]. [Hamburg]: tagesschau.de, [03.05.2005]. Verfügbar unter [HTTP://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID2041892,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID2041892,00.html).

Urheberrecht: (c) tagesschau.de

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_von_sabine_klein_mit_michael_schreyer_zur_finanzierung_der_eu_erweiterung_tagesschau_de_15_juli_2003-de-c4875829-fe82-4fcd-b0b6-ff56a808fd06.html

Publication date: 20/10/2012

Interview von Michael Schreyer zur Finanzierung der EU-Erweiterung (15. Juli 2003)

"Die Erweiterung ist solide finanziert"

Am Mittwoch geht es im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister um den Haushaltsentwurf für 2004, den EU-Haushaltskommissarin Michael Schreyer im Mai vorgelegt hat. Es ist der erste Haushalt, in dem die zehn neuen Länder berücksichtigt sind, die am 1. Mai 2004 der EU beitreten. tagesschau.de sprach mit Michael Schreyer über die Finanzierung der Erweiterung und über die Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland.

tagesschau.de: Der Haushalt 2004 ist der erste, den Sie für die erweiterte Union vorlegen. Insgesamt sollen die Ausgaben um 3,3 Prozent steigen. Nur 3,3 Prozent Steigung für zehn zusätzliche Länder - wie ist so etwas möglich?

Schreyer: Es zeigt, dass wir hier eine strikte Haushaltsdisziplin befolgen. Die neuen Mitglieder treten am 1. Mai der EU bei. Sie werden dann an allen Förderprogrammen der EU teilhaben. Einige Hilfen - z.B. für die Landwirtschaft - werden aber stufenweise eingeführt. Das wirkt sich auf das Budget aus. Zur Finanzierung des EU-Haushalts werden die neuen Mitgliedstaaten übrigens von Beginn an voll beitragen.

tagesschau.de: Dennoch: Zehn neue Länder werden aufgenommen, von denen viele zu den armen Staaten innerhalb der EU zählen werden. Die haben doch Anspruch auf Hilfen aus den europäischen Strukturfonds.

Schreyer: Die Staats- und Regierungschefs haben 1999 den klugen Beschluss gefasst, die Ausgaben für die alten Mitgliedstaaten zu decken, um dann Spielraum für die Finanzierung von Ausgaben in den neuen Mitgliedstaaten zu haben. Das betrifft die Ausgaben der Strukturfonds und auch die Ausgaben im Agrarsektor. Das war der Grundstein, um die Erweiterung solide zu finanzieren, und das ist der Fall.

tagesschau.de: Gilt das auch für die Zukunft? Ab 2005 wird man erst richtig einschätzen können, wie viel Geld für die neuen Länder ausgegeben werden muss.

Schreyer: Die Hilfen für die Landwirtschaft und die Strukturpolitik für die neuen Mitgliedsländer werden steigen. Das ist sicher. Die Beträge sind in den Beitrittsverträgen festgelegt. Aber wir bleiben auch 2005 und 2006 im fixen Rahmen der Finanzplanung, und selbst 2006 wird die europäische Staatsquote, also der Anteil des EU-Haushalts am europäischen Sozialprodukt geringer sein als Mitte der neunziger Jahre. Alle Befürchtungen und Spekulationen, dass die Erweiterung nicht finanzierbar sei, sind damit widerlegt.

tagesschau.de: Bisher haben die neuen Bundesländer im Osten Deutschlands als strukturschwache Gebiete Gelder aus den Fonds der EU erhalten. Wird sich das mit dem Beitritt noch ärmerer Länder ändern?

Schreyer: Die Hilfen aus den Strukturfonds für die neuen Bundesländer sind bis zum Jahr 2006 fest, unabhängig von der Erweiterung in 2004. Für die Zeit danach muss neu verhandelt werden. Da kommt es darauf an, wie die neuen Bundesländer im Vergleich zum EU-Durchschnitt dastehen. Aber es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die meisten von ihnen weiterhin Unterstützung brauchen werden.

tagesschau.de: Aber wahrscheinlich weniger als die Summe, die sie bisher bekommen haben.

Schreyer: Das ist Verhandlungssache. Die neuen Bundesländer zählen jetzt zu den schwächsten Regionen der EU. Es ist ja zu hoffen, dass sie bald aus dieser Situation herauskommen.

tagesschau.de: Nach Berechnungen des Finanzministeriums hat die Bundesrepublik in 2002 netto fast zehn Milliarden Euro an die EU gezahlt. Wird Deutschland weiterhin ein großer Netto-Zahler bleiben?

Schreyer: Der Anteil Deutschlands an der Finanzierung des EU-Haushalts ist ständig zurückgegangen. 1995 hat Deutschland noch ein Drittel des Haushalts bezahlt. Für das Jahr 2004 - also nach der Erweiterung - werden es 22 Prozent sein. Wenn wir uns die absoluten Zahlen ansehen, dann kamen aus Deutschland

1995 brutto 21 Milliarden Euro, in 2004 werden es 22 Milliarden Euro sein. Über all die Jahre und trotz Erweiterung ist der Beitrag nominal fast gleich geblieben. Das bedeutet, dass die reale Belastung des Bundeshaushalts durch die Überweisungen nach Brüssel stark gesunken ist.

tagesschau.de: In welchen Bereichen wird der EU-Haushalt künftig wachsen?

Schreyer: In den Bereichen, in denen auch Aufgaben auf EU-Ebene erwachsen. Man wird längerfristig sicherlich mehr Hilfe zum Schutz der EU-Außengrenzen aus dem Gemeinschaftshaushalt erwarten. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik soll die EU eine größere Rolle spielen, und von einer besseren Erschließung des gewachsenen Binnenmarktes und größeren gemeinsamen Forschungsanstrengungen profitieren schließlich alle.

Das Gespräch führte Sabine Klein, tagesschau.de